„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Street, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zeil einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zeil einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zeil einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 50c.

Und wir?

Die Welt, welche noch vom Traume des Friedensgeistes von Locarno umfangen ist, horcht auf. Wie ein vernichtender Hagelschlag ist es über die zarten Knospen und Blüten der unverbesserlichen Friedensschwärmer gekommen. Ein radikater, halbwahnsinniger Italiener, der den schönklingenden Namen Mussolini trägt, hat mit einer tollen Brandrede all den begeisterten Verehrern des Völkerbundes und des tausendmal gepriesenen Locarno **einen rohen Faustschlag** ins Gesicht versetzt. Denn wohlgemerkt: Die gewaltsame Unterdrückung der ferndeutschen Minderheit in Südtirol und die freche Herausforderung des deutschen Volkes und nicht nur Keulenhiebe gegen eine kleine Volksgruppe oder gegen das Deutschtum in aller Welt, sondern auch gegen alle jene, welche nach Wilsons diplomatischen Küchenrezepten die Welt von „Autokratie" befreien und für „Demokratie" reif machen, die völkischen Minderheiten schützen und der Menschheit eine Aera des ewigen Friedens bescheren wollten. Welche Ironie, welcher Hohn auf die „Klugheit" der Staatsmänner! Der Premier eines „siegreichen" Landes tritt ja selbst alle die wundervollen Verheißungen seiner Kollegen in Paris, London und Washington einfach mit Füßen.

Selbstverständlich muß uns Menschen deutschen Blutes und deutscher Sprache das traurige Schicksal unserer Volksgenossen in Südtirol besonders zu Herzen gehen. **Auch wir protestieren** gegen jenes faschistische Schandregiment, das eine deutsche Minderheit mit Stumpf u. Stiel ausrotten will, gegen die Vergewaltigung einer alten deutschen Kultur, gegen die Knebelung der deutschen Muttersprache durch die fanatischen „Schwarzhemden".

Doch mehr als das. **Mit Bewunderung dürfen wir auf jene 200,000 deutschsprechenden Südtiroler hinschauen,** welche Millionen von Italienern ihren unbeugsamen Trotz entgegenstellen, welche allen deutschen Brüdern, wo sie auch immer sein mögen, **ein leuchtendes Vorbild** vor Augen rücken.

„Und wir?", so haben wir fragend diesen Artikel überschrieben. Und wir? — **Wie klein, wie erbärmlich müssen wir uns vorkommen,** wenn wir unsere Rückgratlosigkeit, unser ängstliches Zittern und Zagen mit dem mannhaften Auftreten der Tiroler Freiheitshelden vergleichen! Was für Hasenherzen gibt es, welchen schon das edelste Körperorgan in die Hosentasche fällt, wenn einmal ein Mann anderer Abstammung etwas unwillig mit den Augenwimpern zuckt! Benehmen sich nicht manche wie wohlerzogene Hunde, welche auf den Befehl ihres Herrn: „Karo, leg' dich!" sich in die nächste Ecke verkriechen? **Und wenn es sich gar um die deutsche Muttersprache handelt,** um deren Erhaltung die Deutschen Südtirols einen heißen Kampf ausfechten, wie verächtlich machen sich da manche, die sonst auch noch zu den „Deutschsprechenden" gezählt werden möchten! Was muß ein wirklich gebildeter Engländer (nicht ein halbgebildeter) von uns denken, wenn wir unser hohes und heiliges deutsches Sprachgut, um das uns andere beneiden, wie einen alten Kleiderfetzen behandeln, um nur ja möglichst schnell einige englische Brocken zu plappern! Wie muß ein wirklich gebildeter Engländer über uns urteilen, wenn wir die Dichtersprache eines Goethe, eines Schiller, eines Richard Wagner in unseren Familien aussterben lassen! Das deutsche Volk, das eine vielhundertjährige glänzende Geschichte aufzuweisen hat, das alle Welt durch seine Leistungen in Kunst, Musik, Wissenschaft, Technik und Chemie in Erstaunen versetzt hat, darf auch heute noch außeren Mißerfolgen noch stolz erhobenen Hauptes durch die Welt gehen. Jeder darf sich frohbewußt als Glied der deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft fühlen.

Da könnte einer einwenden: „Aber wir sind doch canadische Bürger, wir sind doch britische Untertanen." Gewiß sind wir das und wir erfüllen auch unsere Pflichten gegenüber Canada so treu und gewissenhaft, daß uns darin niemand übertreffen kann. Oder vollbringt der deutsche Farmer, der auf canadischem Boden für sich und seine Nachkommen sein Menschenmögliches an Fleiß und Tatkraft leistet, nicht Großes für dieses Land? Sind es nicht in weiten Teilen des Westens gerade Deutschsprechende gewesen, welche auf der wilden Prärie blühende Siedlungen schufen und so dem canadischen Wirtschaftsleben zur Entwicklung verhalfen? **Wer aber noch nicht taub ist für die Stimme seines Blutes, der wird über Canada auch sein Deutschtum nicht vergessen, ganz gleich, wo seine Wiege stand.** Es ist nun einmal nach dem Plane der göttlichen Vorsehung unser Schicksal, daß wir als Deutsche über die ganze Erde hin zerstreut leben sollen, oft weit entfernt von unserem Stamm- und Mutterland. Aber es kann nicht im Willen der göttlichen Vorsehung gelegen sein, daß wir deswegen das heilige Natur- und Menschenrecht auf unsere Muttersprache für ein Linsenmus verschachern sollen.

Darum etwas weniger Sklavengeist, etwas weniger Knieschlottern, etwas weniger weibische Angst vor spöttisch verzogenen Mundwinkeln und dafür **etwas mehr Mannesstolz, etwas mehr Rückgrat, etwas mehr Mut und Unerschrockenheit!** Stellen wir uns oft die Gewissensfrage: „Und wir?" Denken wir oft an unsere deutschen Brüder und Schwestern in Südtirol, welche uns zeigen, daß Tyrannenmacht wohl in wütender Verfolgung über eine Minderheit herfallen kann, aber niemals den Geist dieser Minderheit zu unterjochen und zu töten vermag!

Deutschlands Aufnahmegesuch

Der deutsche Konsul in Genf hat Sir Eric Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, verständigt, daß Deutschlands förmliches Gesuch um Aufnahme als Mitglied des Völkerbundes unterwegs sei.

Für nächsten Freitag wurde eine Sondersitzung des Ligarates anberaumt, der eine spezielle Vollversammlung zur Beschlußfassung über die Aufnahme Deutschlands einberufen wird.

Der gegenwärtige Präsident des Ligarates, Senator Scialoia, früherer Außenminister Italiens, hat entgegen seiner früheren Absicht beschlossen, in der Sitzung am Freitag selbst den Vorsitz zu führen, da man in Italien im Hinblick auf die jetzige Kontroverse mit Deutschland in Südtirol die Anwesenheit des italienischen Staatsmannes im Präsidentenstuhl als Bekräftigung des Prestige Italiens für notwendig hält. Der Ligarat wird versuchen, eine Debatte über die von Spanien und anderen Ländern verlangte Reorganisierung des Rates zu verhindern.

Die besondere Vollversammlung des Völkerbundes dürfte für den 10. März einberufen werden. Dadurch wird es dem deutschen Delegaten möglich gemacht, den für ihn im Ligarat vorbereiteten Sitz bereits in der regulären Session Ende März einzunehmen.

In Ligakreisen steht jetzt Deutschland im Mittelpunkt des Interesses. **Man glaubt, daß die Berliner Regierung als Mitglied des Ligarates vor allem die Frage der Behandlung der Volksminoritäten in den einzelnen Ländern anschneiden und dann Anstrengungen machen wird, eine oder mehrere ihrer früheren Kolonien in Afrika zurückzuerlangen.**

Man erwartet infolgedessen eine lebhafte Aera in der Liga, die vielleicht auf die ganze Struktur dieser Institution ein weitreichende Wirkung haben wird. Daß diese Entwicklung den Umfang und die Verantwortlichkeit der Tätigkeit der Liga bedeutend erhöhen wird, wurde durch den Empfang einer Mitteilung des alliierten Botschafterrates angedeutet, in der dieser jene ihm überlassen gewesenen Vorrechte hinsichtlich der Festsetzung von Grenzen an den Völkerbund abtritt. Dazu kommt noch, daß aller Voraussicht nach auch die interalliierte Militärkontrollbehörde mit der Liga verschmolzen werden wird, was, mit einziger Ausnahme der bereits stark eingeschränkten Reparationskommission, einer Liquidation der nach dem Kriege zur Kontrolle Deutschlands eingesetzten Organisationen gleichkommt.

Der Botschafterrat hat der Liga alle auf die neuen europäischen Grenzen sich beziehenden Landkarten und Dokumente übersandt und hinzu bemerkt, daß infolge vorgenommener Grenzberichtigungen seit der Friedenskonferenz die Grenzbeschreibung in den Friedensverträgen mit den Tatsachen in vielen Fällen nicht mehr übereinstimme.

Man befürchtet in Genf, daß im Falle Deutschland darauf dringen sollte, seine Kontroverse mit Italien der Liga vorzulegen, mit dem Bemerken, daß diese Angelegenheit das gute Einvernehmen und den Frieden bedrohe, dies einen ernsten Konflikt zwischen Deutschland und Italien und eine richtige Krisis im Völkerbund herbeiführen könnte. Die Liga selbst kann in dieser Sache keine einleitenden Schritte tun, wie dies für Fälle von Volksminderheiten, die dem Schutze der Liga unterstellt sind, vorgesehen ist, da Italien mit Oesterreich kein Abkommen über Minderheiten getroffen hat, und nach den Bestimmungen des Ligapaktes ein direkter Appell von einem Mitgliedstaat an die Liga gerichtet werden müßte.

Verschacherung der russischen Kronjuwelen

Juwelen-Sachverständige aus sieben verschiedenen Ländern sind in regem Wettbewerb um den Ankauf eines Teiles der berühmten Romanow-Kronjuwelen, die von der Sowjet-Regierung auf den Markt gebracht wurden. Die amerikanischen Bieter sind die rührigsten, ihnen zunächst kommen britische und französische Vertreter.

Rudolph Oblatt, Vertreter eines Syndikats amerikanischer Diamantfirmen, unterbreitete ein Angebot auf die ganze Sammlung ungeschliffener Smaragde, die im Werte auf mehrere Millionen Dollars abgeschätzt sind, darunter Steine von 65 Karat Gewicht.

Französische Vertreter treten ebenfalls als Mitbewerber auf. Die Sowjet-Regierung hatte im vorigen Jahre Polen Kronjuwelen im Werte von 25,000,000 Rubel als Teilzahlung auf Rußlands Zahlungsverpflichtungen angeboten, jedoch entstanden im letzten Augenblicke Schwierigkeiten und Polen erhielt nur Juwelen im Werte von 11,000,000 Rubel.

Wie man erfährt, hat Sowjet-Rußland den Wert seines Diamanten-Fonds noch durch Beschlagnahme der privaten Juwelenschätze reicher russischer Adelsfamilien um viele Millionen Dollars vermehrt. Fürst Felix Yussupow war der einzige, dem es gelang, seine Juwelen im Werte von $7,000,000 in Sicherheit zu bringen. Er hat kürzlich ein Halsband von schwarzen Perlen für $250,000 verkauft.

Das Juwelen-Departement der Sowjet-Regierung hat ein ausführliches illustriertes Verzeichnis der Kronjuwelen in russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache herausgegeben. Unter den aufgeführten Gegenständen ist von besonderem Interesse ein aus purem Gold gefertigtes Miniatur-Modell des ersten Eisenbahnzuges, der die große transsibirische Linie eröffnete, ein Geschenk an den Zaren Nikolaus II.

Während der Bolschewiki-Revolution im Jahre 1917 waren die Kronjuwelen abhanden gekommen, sie wurden aber später unter altem Gerümpel in Holzkisten in einer entlegenen Ecke der Waffenhalle des Kreml in Moskau entdeckt.

Weltumschau

Deutschland.

In den nächsten Wochen beabsichtigt die Eifel kraftwerk-Aktiengesellschaft mit dem Bau des Kraftwerkes an der Our zu beginnen, das den Teil eines Projektes bildet, welches nach Fertigstellung eine fünfmal höhere Elektrizitätsmenge erzeugen wird können als das Kraftwerk am Walchensee. Nach den Plänen sollen die gesamten Wassermengen der Eifelflüsse im Rheinland in einem Hauptgefälle vereinigt und die Restgefälle bis zur Mosel ausgenützt werden. Welcher Einfluß der Riesenbau auch schon in seinen ersten Stadien auf die Wirtschaftslage des ganzen Regierungsbezirkes Trier auszuüben vermag, geht daraus hervor, daß 3000 bis 4000 Arbeiter sieben Jahre lang dabei beschäftigt sein werden. Die Durchführung des Werkes ist durch die Aufbringung von rund 300 Millionen Mark seitens des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes in Essen und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin finanziell gesichert und außerdem sind Finanzierungsverhandlungen durch Heranziehung ausländischen Kapitals mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet. Die gesamte erzeugbare Kraftmenge soll im Jahr 500 Millionen Kilowattstunden erreichen. Die einzubauende Maschinenleistung beträgt 820,000 Pferdestärken oder 600,000 Kilowatt, eine Größe, die bisher von einer Wasserkraftanlage noch nirgend erreicht worden ist. Das Ourwerk allein wird nach genauen Berechnungen die Spitzenleistung für eine Gesamtstromabgabe von mehr als drei Milliarden Kilowattstunden übernehmen können, also für beinahe die Hälfte des gesamten deutschen Stromverbrauchs. Die Kosten dieses ungeheuren Kraftwerkes sind auf 120 Millionen Mark veranschlagt.

Die Gräfin Maria Rantzau, die einzige Tochter des im Jahre 1904 verstorbenen Reichskanzlers Fürst von Bismarck, starb im 77. Lebensjahre.

Frankreich

Premier Briand legte der Deputiertenkammer nahe, möglichst bald Schritte zu unternehmen, um die finanziellen Schwierigkeiten der Nation zu lösen. Er erklärte, wenn nicht innerhalb einer Woche Maßnahmen getroffen und dem Senat übersandt würden, um das Budget zu balanzieren, würde die Lage sich ernsthaft gestalten.

Die Warnung des Premiers war durch die Kritik der gemäßigten und konservativen Gegenparteien hervorgerufen worden, in der ihm vorgeworfen worden war, daß er seinen Standpunkt bezüglich der finanziellen Maßnahmen vor der Kammer nicht vertrete. Briand erklärte, daß die Regierung unter diesen Umständen den bestmöglichen Weg eingeschlagen habe.

Der Premier gab zu, daß das Budget jetzt ein Defizit von 4,300,000,000 Franken aufweise. Er sagte zum Schlusse, daß die Regierung keine weitere Verantwortung für die finanziellen Schwierigkeiten des Landes übernehmen könne, falls nicht innerhalb von fünf oder sechs Tagen die Finanzvorlagen dem Senat übersandt und die Kammer sich über die nötigen Hilfsquellen für die Ausgleichung des Budgets entschlossen habe.

Rußland

Ein Bericht des Obersten Wirtschaftsrates der Sowjet-Republiken gibt an, daß die Eisenerzlager des Kursk-Distriktes in Rußland größer seien als alle in der übrigen Welt zusammengenommen. Der Distrikt liegt 300 Meilen südlich von Moskau, und der Bericht sagt, daß aufgrund von seit mehreren Jahren vorgenommenen Messungen die Lager in der nördlichen Zone des Gebietes auf 18 bis 20 Billionen Metertonnen reinen Eisens geschätzt werden. Auf dem in Stockholm abgehaltenen 13. geologischen Kongreß, heißt es in dem Bericht weiter, wurde das Vorkommen von Eisen in Amerika und Europa, mit Ausnahme von Kursk, auf insgesamt 10,070 Millionen-Metertonnen geschätzt. Professor J. M. Bubkin, der die Berechnungen leitete, soll gesagt haben, diese Nachforschungen „beseitigen die Frage der Erschöpfung der Eisenlager nicht nur für die Sowjet-Union, sondern für die ganze Welt."

Rußland braucht dringend Geld und eine günstige Außenhandelsbilanz. Infolgedessen wird mit allen Mitteln ein Erhöhung der Ausfuhr verschiedener Produkte angestrebt und aus diesem Grunde hat die Sowjetregierung jetzt beschlossen: die Ausfuhrzölle, die für die nachstehenden Produkte bisher zu entrichten waren, aufzuheben: Fleisch und Fleischprodukte, Wursthäute, Eingeweide von Schlachtvieh, Hausenblase, Roßhaar, Borsten, Federn und Flaumfedern, unpräparierte Häute, Samen, Seide, Kokons und Wolle. Man glaubt, daß die zollfreie Ausfuhr die Nachfrage nach diesen Artikeln seitens der Vereinigten Staaten anregen wird, da dieses große Abnehmer der genannten Produkte sind. Die alten Ausfuhrzölle wurden für Kaviar, Stör, Pelze, lebendes Vieh, wertvolle Sorten von Holz, Zellulose- und Harzabfälle, Flachs, Werg und Hanf aufrechterhalten.

William Z. Foster, der Führer der amerikanischen Kommunisten, ist in Moskau zurzeit Gefangener der russischen Sowjetbehörden. Es heißt, sein Fall hänge mit dem Sturz Sinowjews, des Hauptes der Leningrader Sowjet, zusammen, der kürzlich von den gemäßigteren Führern in Moskau als Präsident der Kommunisten-Internationale abgesetzt worden ist. Sinowjew ist der Führer der radikalsten Gruppe der russischen Kommunisten. Es wird ferner aus Moskau berichtet: 83 führende Sowjetvertreter aus Leningrad, darunter der Schriftleiter des Kommunistenblattes Prawda, durchweg Anhänger Sinowjew's, seien nach Sibirien in die Verbannung geschickt worden. Damit wird Sinowjew's Plan, in Leningrad eine selbständige Kommune zu schaffen, im Keim erstickt.

Tschechoslowakei.

In Prag geführte Unterhandlungen zwischen Vertretern Deutschlands, Italiens, Oesterreichs und der Tschechoslowakei sowie verschiedener Transportunternehmungen dieser Länder über die Beseitigung des Konkurrenzkampfes zwischen den norddeutschen und den Adriahäfen sind bis auf weiteres eingestellt worden. In den Verhandlungen nahmen die deutschen Delegaten den Standpunkt ein, daß die Konkurrenz zwischen den nördlichen und südlichen Häfen Europas, insbesondere aber zwischen Hamburg und Triest, eigentlich nur ein Kampf zwischen den Schiffahrtsgesellschaften und erst in zweiter Linie ein Kampf zwischen den Eisenbahnen sei, daß es daher richtiger wäre, die Austragung dieses Wettbewerbes den Schiffahrtsgesellschaften zu überlassen und die Eisenbahntransporte nach den Häfen vollständig zu neutralisieren. Gegen diese Art der Lösung erhoben die Vertreter Oesterreichs und Italiens Einspruch, da dies am Ende eine Unterbindung der tschechoslowakischen Ausfuhr nach Triest bedeuten würde und gleichzeitig die Auslieferung der Eisenbahnverwaltung in die Hand der Schiffahrtsgesellschaften. Der Vertreter der Tschechoslowakei sprach die Erwartung aus, daß es zu einer Abgrenzung der Interessen-Sphäre zwischen den Schiffahrtsgesellschaften kommen, und daß man zu der früheren Scheidelinie zwischen Triest und Hamburg zurückkehre, die vom Main bis zur Donau geführt habe. Die deutschen Vertreter erklärten, daß jede andere Lösung als diejenige, die sich auf die Linie der gleichen Entfernung von Hamburg und Triest stütze, und jede Lösung, die für die deutschen Bahnen eine gewisse Bindung bedeuten würde, diesen große Schwierigkeiten machen würde, denn auf Grund der Friedensverträge sei Deutschland gezwungen, auch anderen Häfen die gleichen Vorteile einzuräumen. Die deutschen und die österreichischen Vertreter erklärten in der letzten Sitzung die von der Tschechoslowakei vorgeschlagene Teilung der Interessensphären auf Grund der Kilometerentfernung von Hamburg und Triest als unannehmbar und die Deutschen lehnten ab, über eine Lösung zu verhandeln, die eine neutrale Zone geschaffen hätte und in die auch das nordböhmische Industriegebiet gefallen wäre.

Polen

Unter Bezugnahme auf die nach Ragusa einberufene Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente, die in den nächsten Tagen stattfinden soll, veröffentlicht ein Warschauer Blatt Mitteilungen einer Persönlichkeit, die in die diplomatischen Verhandlungen der Kleinen Entente Einblick hat. In dem Artikel, der „Die Kleine Entente, Sowjetrußland und Polen" betitelt ist, wird vor allem betont, daß der Einfluß des tschecho-slowakischen Außenministers Dr. Benesch auf die großen Verbandsmächte im Schwinden begriffen sei. „Trotzdem ist der Konferenz zu Ragusa für die weitere Gestaltung der Politik in Zentraleuropa und auf dem Balkan starke Bedeutung beizumessen, obzwar man annehmen könne, daß die Auswirkungen der jetzt vorbereiteten Beschlüsse erst in einiger Zeit sichtbar sein werden.

Italien.

Das die extreme faschistische Richtung vertretende Blatt „L'Impero" erklärt in einem Leitartikel, daß Frankreich den Umfang seines Kolonialbesitzes werde reduzieren müssen. Die Zeitung schreibt: „Es gibt zwei Kriegsmöglichkeiten. Entweder wird Frankreich gegen Italien Krieg führen oder sich mit Italien gegen einen gemeinsamen Feind verbinden müssen. Im ersteren Falle würde Frankreich nicht imstande sein, seine kolonialen Reserven auszunützen, da Italien ihre Seeverbindung abschneiden würde und Frankreich gezwungen wäre, sie ganz oder teilweise aufzugeben. Im zweiten Falle würde Frankreich in freundschaftlicher Weise und im vorhinein an Italien einen guten Teil der afrikanischen und asiatischen Besitzungen, die dem offenen Aufruhr rasch entgegengehen, abtreten müssen."

Belgien.

Belgische Nationalisten und Faschisten setzten eine Demonstration gegen den Premier Poullet in Brüssel ins Werk. Eine im Zeughaus stattfindende Feier gelegentlich der Hinterlegung der Flaggen aufgelöster Regimenter wurde dadurch unterbrochen. Zahlreiches Junavolk zog unter den Rufen: „Nieder mit Poullet! Hängt ihn!" durch die Straßen. Die Polizei hatte rechtzeitig alle Regierungsgebäude und den königlichen Palast mit starken Schutzwachen umgeben. Es machte den Eindruck, als ob es sich mit einen Versuch der verschiedenen Faschistengruppen handelte, die Bevölkerung zu einer Erhebung aufzustacheln. Die Bevölkerung schien jedoch mehr erstaunt über die Demonstrationen zu sein als erregt zu werden. Die Demonstrationen beschränkten sich auch nur auf die Hauptstadt. In Antwerpen und Ghent kamen keine Störungen vor. Bei der Flaggenfeier war anfänglich dem Kronprinzen Leopold eine herzliche Ovation zuteil geworden. Als aber Premier Poullet erschien, wurden Rufe laut: „Nieder mit Poullet!" „Abdanken!" „Lang lebe die Armee!" Der Premier erblaßte bei dieser Demonstration und entfernte sich durch eine Hintertür. Die Volksmenge erging sich dann in weiteren Hochrufen auf den König, den Kronprinzen und M. Nothomb, das Oberhaupt der belgischen Faschistenbewegung.

(Viscount Poullet, Führer der katholischen Partei, hatte am 17. Juni, nachdem das Theunis-Ministerium am 5. April abgedankt hatte, endlich ein Kabinett zustande gebracht. Bisher hatte sich noch nie solche Feindseligkeit bekundet, wenn auch die Finanzpolitik der Regierung, namentlich ihre Schuldenregelung mit Amerika und England, viel Mißfallen erregt hatte.)

Brasilien

Das spanische Wasserflugzeug „Ne plus ultra" unter Führung von Commandeur Ramon Franco auf dem transatlantischen Flug von Palos, Spanien, nach Südamerika, ist hier angelangt.

Der Fernflug von Spanien nach Südamerika wurde von den spanischen Fliegern in vier Etappen zurückgelegt: von Palos, Spanien, nach den Kanarischen Inseln 817 Meilen, nach den Kap Verdischen Inseln 1050 Meilen, nach der Insel Fernando do Noronha 1432 Meilen und von dort nach Pernambuco, Brasilien, 279 Meilen; Gesamtlänge des Fluges 3581 Meilen.

Commandeur Franco und seine Gefährten sind die ersten Flieger, die den Atlantischen Ozean von Europa nach Südamerika gekreuzt haben.

Der transatlantische Flug der beiden portugiesischen Flieger im Jahre 1922, in dessen Verlauf zwei Aeroplane verloren gingen, war nicht ganz auf dem Luftwege bewerkstelligt worden, denn die Strecke von St. Pauls Rocks im Mittel-Atlantik nach der brasilischen Insel Fernando do Noronha war von ihnen per Dampfer zurückgelegt worden, nachdem ihre zweite Flugmaschine in Stücke gegangen war.

Mexiko

Im südlichen Mexiko und im nördlichen Guatemala beginnen die Heuschrecken in nördlicher Richtung die Wanderung anzutreten. Vergangenes Jahr hatten sie Tausende von landwirtschaftlichen Anwesen in Mexiko ruiniert und ganze Gummibaumplantagen vernichtet. Dieses Jahr herrscht die Heuschreckenplage in den sämtlichen Golfstaaten. Man befürchtet, daß auch die Vereinigten Staaten den Besuch der Vielfresser zu erwarten haben.

Syrien.

Insurgentenbanden haben das Haus des Unterrichtsministers in Damaskus geplündert und einen Arzt namens Malkian fortgeschleppt. Eine Insurgentenbande, von etwa 15 Mann hatte sich in das Midan-Viertel eingeschlichen. Zehn davon wurden getötet, 15 verwundet und zwei gefangen genommen, als französisch gesinnte Bürger, unterstützt von einer Tankabteilung, ihnen den Weg verlegten.

Eine französische Abteilung stieß nordwestlich von Aleppo auf eine von der Türkei kommende Bande. Bei dem sich entspinnenden Kampfe schienen die Franzosen im Vorteil zu sein. Verstärkungen treffen regelmäßig in Syrien ein, zumeist von Marokko. Der französische Kommissar de Jouvenel begibt sich nach Angora, der türkischen Hauptstadt, zu einer Besprechung mit Präsident Mustapha Kemal Pascha und andere höheren türkischen Beamten.

— Man hatte lange nichts mehr von dem einst viel erwähnten Luftschiff „Los Angeles" gehört, das in Deutschland gebaut war und unter Eckeners Führung die Reise über den Ozean zurücklegte. Nun ist der Grund dieses Schweigens bekannt geworden. An diesem Wunderwerk der deutschen Technik ist von der unerfahrenen Hand der amerikanischen Besatzung so schwerer Schaden angerichtet worden, daß es vorläufig mit dem Fliegen vorbei ist. Man wollte allerhand „Verbesserungen" vornehmen und richtete damit nur Unheil an.

— Der Prinz von Wales hat die Gewohnheit, des öfteren vom Pferde zu fallen, wobei er das letzte Mal ein Schlüsselbein brach und ganz England in Aufregung versetzte. Es ist die höchste Zeit, daß er sich eine Frau nimmt, die ihn hübsch zu Hause hält.

Rededuell zwischen Stresemann und Mussolini

Italienischer Diktator behält Rolle des Friedensstörers bei.

Außenminister Stresemann hat am 9. Februar im deutschen Reichstag in seiner Antwort auf den Wortschwall Mussolinis bezüglich der Lage in Südtirol erklärt, daß die deutsche Reichsregierung es ablehnen müsse, dem italienischen Ministerpräsidenten in einem Ton zu erwidern, der sich besser für Massenversammlungen als für eine diplomatische Konversation mit anderen Nationen schicke.

Dr. Stresemann sagte unter anderem:

„Wir haben keinen Streit mit dem italienischen Volk, das nach Mussolinis eigenen Worten, die er im Jahre 1920 niederschrieb, keine Interessen habe, die mit jenen Deutschlands unvereinbar wären. Die Schwierigkeiten zwischen Italien und Deutschland können stets mehr auf Mißverständnisse, oder auf Mißstraßen oder eine besondere Geistesverfassung zurückgeführt werden, als daß sie die Folgen gegensätzlicher wirtschaftlicher oder politischer Probleme wären.

Auf die Entstehung des südtirolischen Problems eingehend, wies Dr. Stresemann darauf hin, daß die italienische Regierung und auch der König Italiens, bevor die Faschisten zur Herrschaft gelangten, den Bewohnern Südtirols Freiheit der Sprache, der Religion und der Kultur zugesichert hatten. Für Deutschland handle es sich in diesem Falle nicht um ein politisches, sondern um ein kulturelles Problem.

Der Reichs-Außenminister bedauerte in seiner Rede, daß sich die Zeitungen, wie er sagte, zu unverantwortlichen Äußerungen hinreißen ließen und daß eine kleine Gruppe Münchener Geschäftsleute einen Boykott gegen Italien einleitete. Er erklärte, die Reichsregierung setze solchen „kindischen Maßnahmen" unabänderlichen Widerstand entgegen und sei darauf bedacht, mit den Nachbarn Deutschlands die besten Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Dr. Stresemann charakterisierte Mussolinis Rede als „mit Anmaßung, Widerspruchen und einer Leidenschaft erfüllt, die die innere Schwäche des Arguments zu verbergen suchte."

Als der Außenminister sagte, daß Drohungen, wie sie Mussolini ausgestoßen habe, mit dem Geist des Völkerbundes unvereinbar seien, brachen die Deutschnationalen und die Kommunisten in spöttisches Gelächter aus. Der Außenminister wiederholte jedoch diesen Satz und sagte: „Solche Vorfälle beweisen klar, die Notwendigkeit der Liga, wo jene, die einen friedlichen Fortschritt wünschen, sich vereinigen können." Er setzte hinzu, wenn Deutschland bereits ein Mitglied der Liga wäre, würde es die Rede Mussolinis dort zur Sprache bringen.

Im weiteren Verlauf der Rede zieh Dr. Stresemann den italienischen Ministerpräsidenten, der im Beginn seiner Laufbahn Deutschlands Gastfreundschaft genoß und jetzt die deutschen Touristen verhöhne, der Undankbarkeit. Schließlich erklärte er, es wäre unbillig gewesen, daß Mussolini auf die Aeußerungen des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held über Südtirol antwortete, ohne das Eintreffen des amtlichen Textes dieser Rede abzuwarten, und er betonte, daß die Reichsregierung allein für die deutsche Außenpolitik verantwortlich sei.

* * *

Der Text der Rede des deutschen Auslandministers Stresemann rief in Rom zwei entgegengesetzte Strömungen in der öffentlichen Meinung hervor. Nach der einen Ansicht ist der Zwischenfall geschlossen, da Stresemann die italienische Staatshoheit im südlichen Tirol völlig anerkannt habe (?). Die andere und offenbar zahlreichere hält es mit der faszistischen Auffassung. Von dieser Seite wird die Rede als eine direkte weitere Beleidigung bezeichnet, welche Mussolini zu beantworten wissen werde. Starke Erbitterung kommt allgemein darüber zum Ausdruck, daß Stresemann Deutschlands Einmischung in eine rein italienische Angelegenheit offen angeboten hat. Man fragt sich, warum Deutschland nicht schon lange in der Tschechoslowakei und Polen, wo eine zahlreichere deutschsprechende Bevölkerung wohnt, eingriff, wenn es die Sache der Kultur zu fördern wünscht, und warum die Deutschen die Verteidigung eines Gebiets auf sich nehmen, das niemals das ihrige war. Es wird betont, daß kein Zweifel der italienischen Regierung gegen die deutschsprechende Bevölkerung des südlichen Tirol die Beschuldigung von Unterdrückung zu rechtfertigen vermöge, ebenso wenig die Behauptung, daß Italien deutsche Kultur zu zerstören suche.

Premier Mussolini erwiderte im italienischen Senat auf die Rede des deutschen Auslandministers Stresemann. Er sagte: „Ich bekräftige den Wortlaut und Sinn meiner vorhergehenden Ansprache und ich füge im Nachdruck nicht aus, den ich auf meinen Befehl gelegt habe, daß die italienische Fahne über die Brennergrenze hinaus getragen werden muß. Stresemann kann die Aeußerung auslegen, wie ihm beliebt." Ferner erklärte Premier Mussolini, daß Italien jeden Vorschlag verwirft, um die angebliche schlechte Behandlung der deutschen Bevölkerung von Südtirol vor den Völkerbund zu einer Entscheidung zu bringen. „Ich bemerke ausdrücklich", sagte er, „daß die nicht italienisch sprechende Bevölkerung im oberen Etschtal keine Minderheit im Sinne des Friedensvertrages bildet. Italien nimmt eine Besprechung dieser Angelegenheit in irgendwelcher Körperschaft nicht an und widersetzt sich mit größter Tatkraft jedem derartigen Plan."

* * *

Die in Innsbruck abgehaltene Massenversammlung der Bürgerschaft, in der gegen die Drohungen Mussolinis Protest erhoben und ein Appell der österreichischen Regierung an den Völkerbund angeregt wurde, hat bereits Früchte getragen. Die Brandrede Mussolinis in Italiens Kammer am letzten Samstag war Gegenstand der Beratungen im Tiroler Landtag zu Innsbruck. Verschiedene Redner wiesen auf das Unerhörte der Auslassungen des italienischen Premiers unter starkem Beifall des Hauses hin. Der Landtag nahm dann eine Entschließung an, in der die österreichische Bundesregierung angegangen wird, vom Völkerbund gegen die Drohungen Mussolinis an die Völkerliga zu appellieren und um deren Intervention zu ersuchen.

Nach der Herzog Presseagentur verbot der italienische Präfekt von Bozen Zeitungsvertretern die Absendung aller Nachrichten aus Südtirol ohne vorherige Unterbreitung zur Zensur. Eine Verletzung der Anordnung zieht schwere Bestrafung und Ausweisung nach sich.